

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 30 Pfg

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expeditor: Am Spandhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 295

Montag, den 19. Dezember 1921

12. Jahrgang

Die Antwort der Reparationskommission.

Deutschland soll nähere Angaben und Vorschläge machen.

Berlin, 17. Dez. (W.T.N.) Der deutschen Regierung ist in Beantwortung der Note vom 14. d. Mts. folgende Mitteilung der Reparationskommission zugegangen:

Die Reparationskommission hat die Note des Reichskanzlers vom 11. des Monats empfangen, in welcher er bekannt gibt, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die Noten der Jahresleistung vollständig zu zahlen, welche nach dem Zahlungsplan am nächsten 15. Januar und 15. Februar fällig werden und in welcher er die Reparationskommission bittet, sich mit der Stundung eines Teiles dieser Fälligkeiten einverstanden zu erklären.

Die Reparationskommission kann nur ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß sie in der Note des Reichskanzlers weder eine nähere Angabe über die Devisenbeträge findet, welche die deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit.

Solange die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen nicht erhalten hat, ist es ihr unmöglich, die Bitte der deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen. Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, daß die Note des Reichskanzlers keine Angabe über die Maßnahmen enthält, die er angewendet hat oder die er anzuwenden beabsichtigt, um den Wünschen der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf welche die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen.

Der „Vorwärts“ schreibt hierzu:

Betrachtet man die Mitteilung der Reparationskommission ohne jeden voreiligen Optimismus, so ergibt sich die Tatsache, daß die Entente dem Ergeben der deutschen Regierung nicht ohne weiteres ablehnend gegenübersteht. Die Reparationskommission spricht ihr Erstaunen darüber aus, daß der Reichskanzler kein festumrissenes Angebot gemacht habe, also erwartet man ein derartiges Angebot. Und das galt es zunächst einmal festzustellen. Der Reichskanzler kann den Weg, den er mit seiner Note beschritten hat, fortsetzen, wobei zu erwägen wäre, ob es nicht einfacher und für beide Teile nützlicher wäre, in Verhandlung zu einzutreten, ehe man in einer überaus schwierigen Materie, über die sich grundlegend auszusprechen nicht zu umgehen sein wird, Projekte vorlegt. Im Auge behalten muß man ferner die Tatsache, daß die Reparationskommission, indem sie Reichskanzler Dr. Wirth auffordert, des näheren auseinanderzusetzen, wie er sich die Stundung eines Teilbetrages der nächsten Noten denkt, stillschweigend zugibt, daß eine Neuregelung des Reparationsproblems spruchreif ist.

Neue Verhandlungen Rathenaus.

Wie die „Montagspost“ mitteilt, sind die von Stines und Walter Rathenau in London eingeleiteten Verhandlungen nicht etwa abgeschlossen oder gar abgebrochen, vielmehr werde in aller kürzester Zeit Walter Rathenau zu weiteren Besprechungen nach London fahren.

Englands Vorschläge?

Paris, 18. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Times“ meldet zu den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen: In erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener Abkommens vor, wonach Deutschland an Großbritannien gewisse für England nötige Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiedererhebung Rußlands mitarbeiten werde. 2. soll England die französische Schuld annullieren und dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es alsdann vernichten werde, 3. soll England Frankreich die Ratifizierung des Schutz-

vertrages vom 28. 6. 1919 anbieten und die Entente in eine Allianz umwandeln, 4. sollen die allgemeinen Probleme Europas besprochen werden. Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen.

Französische Vorbereitungen.

Paris, 18. Dez. (W.T.N.) Der Senat hat gestern das Rekrutierungsgesetz für die Jahressklasse 1922 in der Fassung der Kammer angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Kriegsminister Barthou, die vorzeitige Entlassung der Jahressklasse 1920, die für den Monat März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Er müsse daran erinnern, daß Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber befinde und daß es deshalb alle seine militärische Kraft nötig habe.

Der Abgeordnete Magne hat eine Interpellation in der Kammer eingebracht, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, damit Deutschland seine Zahlungsverpflichtungen vom 15. Januar und 15. Februar erfülle.

Parlamentarische Nacharbeit.

Der Deutsche Reichstag tagte von Sonnabend mittag bis Sonntag 21. Uhr morgens, um die zur Beratung stehenden Vorlagen nach vor Eintritt in die Ferien zu verabschieden. Das Gesetz über Wohnhilfe und Wechselfürsorge wurde mit einer Änderung, wonach das Stillgeld 450 Mk. (statt 3 Mk.) betragen soll, in 3. Lesung angenommen, ebenfalls ein Gesetz über Neuregelung der Zulagen und Abfindung in der Unfallversicherung.

Zum Einkommensteuergesetz wurden folgende Abänderungen beschossen: Für die ersten 50 000 Mark werden 10 Prozent Steuer erhoben, für die nächsten 10 000 Mark 15 Prozent, für die weiteren 20 000 Mark 20 Prozent, für die weiteren 20 000 Mark 25 Prozent, für die weiteren 100 000 Mark 35 Prozent, für die weiteren 200 000 Mark 40 Prozent, für die nächsten 500 000 Mark 45 Prozent und für die weiteren 500 000 Mark 50 Prozent. Die Einkommensteuer ermäßigt sich um je 20 Mark für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, um 300 Mark für das Kind. Dem 10-prozentigen Lohnabzug sind außerdem abzuzählen 45 Mark für jeden Monat. Eine längere und erregte Auseinandersetzung gab es über einen Antrag der Rechten, die Weiterführung der alten Handelskammer schwärzweissrot über den in der Verfassung festgesetzten Termin (1. Januar 1922) zu gestatten. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 125 gegen 138 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten die Rechten, sowie einzelne Mitglieder des Zentrums, der Demokraten und die Bayerische Volkspartei. Das Ergebnis wurde mit Bravorufen auf der Linken, mit Pfuirufen auf der Rechten aufgenommen.

Am Mittwoch verlagte sich der Reichstag um eine Viertelstunde. In der anschließenden Sitzung wurde der Nachtragetat in dritter Lesung angenommen. Angenommen wurde ferner in allen Lesungen das Postgesetz mit dem Gesetz nebst den Änderungen des Postgesetzes und den Telegraphengebühren nach den Ausschussbeschlüssen, die die Gebührensätze der Regierungsvorlage zum Teil herabsetzten. Der Reichstag verlagte sich darauf bis spätestens 19. Januar 1922.

Neue Hilferufe aus Rußland.

Kopenhagen, 17. Dez. Wie die „Berlingske Tidende“ und „Helsingfors“ meldet, haben die Vertreter der 16 Hungerrégiments einstimmig die Forderung erhoben, daß die Zentralbehörden in Moskau sofort neue Schritte bei den Westmächten unternehmen, um zu verhindern, daß weitere Millionen von Menschen am Hungertode zugrunde gehen. Die von einer Reise in die sogenannte tartarische Republik zurückgekehrten Vertreter des deutschen Roten Kreuzes teilen mit, daß die gesamte Bevölkerung eine sichere Beute des Hungertodes werden würde, wenn nicht innerhalb eines Monats weitreichende Hilfe gewährt werde.

Eine Blindendemonstration.

Der Verein blinder Industriearbeiter in Berlin, der die Gesamtheit der Blinden vertritt, veranstaltete am Sonntag einen Demonstrationsszug von etwa 300 Teilnehmern zur Reichskanzlei, wo die in einer Denkschrift niedergelegten Forderungen überreicht wurden, die ein Vertreter des Reichskanzlers entgegennahm.

Jagows Schlussworte.

Urteilsverkündung am Mittwoch.

Leipzig, 17. Dez. (W.T.N.) Im weiteren Verlaufe der Sonnabend-Sitzung des Reichsgerichtes im Jagow-Prozess erklärte Reichsanwalt Neumann u. a., auch Bangeheim gehörte sicherlich zu den Jähzornern. Er kam aus Bremen nach Berlin und eilte sofort auf den Befehl Kapps zu diesem hin. Einem Mann von seinen Fähigkeiten und Kenntnissen soll nicht bekannt gewesen sein, welche Bedeutung die Uebernahme eines Ministeriums hat? Nach einigen Worten der Verteidiger erteilte der Vorsitzende v. Jagow das Schlusswort, der sich gegen den Ausspruch des Oberreichsanwalts wandte, daß er Mangel an Mut gezeigt habe, seine Tat einzusehen. Allerdings habe er sich der Untersuchungshaft entzogen, aber nicht aus Mangel an Mut, sondern um sich die Kraft zu bewahren, den Gegnern gegenüberzutreten zu können! Der Vorsitzende zur Vernehmung am 3. Mai sei er sofort gefolgt. Wenn Kapp ihn aufgefordert hätte, ein Amt zu übernehmen, so sei dies eine lokale Handlung gewesen. Die Uebernahme des Amtes sei sogar Pflicht des preussischen Beamten gewesen. Er habe sich Kapp gegenüber so verhalten, wie am 8. November 1918 gegenüber der Regierung Ober-Scheidemann, indem er sich damals entschieden, sein Amt als Regierungspräsident weiter auszuüben. Weiterhin suchte er sich gegen die einzelnen Anklagepunkte zu verteidigen, die sich auf die Übernahme von Amtshandlungen und Teilnahme an Kabinettsitzungen bezögen. Nach dem Schlusswort der Angeklagten im Jagow-Prozess vor dem Reichsgericht schloß der Präsident die Verhandlungen. Das Urteil wird am nächsten Mittwoch nachmittags verkündet werden.

Im Reichstag ist von unabhängiger Seite eine kleine Anfrage eingebracht, ob die Regierung beabsichtigt, auf Grund der Ergebnisse des Jagow-Prozesses gegen Ludendorff die Anklage wegen Hochverrats zu erheben.

Neuer Versuchsballon.

Der „Berl. Volksanz.“ bringt die Frage der Neubildung der Reichsregierung erneut aufs Tapet, indem er aus parlamentarischen Kreisen wissen will, daß sich die Deutsche Volkspartei mit einer Kabinettsveränderung durch bloße Befragung der drei offenen Parteiführer nicht einverstanden erklären und voraussichtlich (!) eine vollständige Neubildung des Kabinetts fordern würde. Da für die Regierungsneubildung gerade außenpolitische Gesichtspunkte in Frage kämen, werde jede parteipolitische Erwägung zurücktreten und ein Kabinett auf breiter Grundlage gebildet werden, durch das geeignete Verhandlungsführer gewonnen würden.

Die P.P.D. melden gegenüber Anstellungen der Reichsregierung über eine Regierungskrise, daß davon zurzeit keine Rede sein kann. Solange der von der Reichsregierung unternommene Schritt nicht abgeschlossen sei, sei es auf alle Fälle müßig, von einer Regierungskrise zu sprechen.

Eine Spur der Mörder Erzbergers?

Die Dortmunder Polizeidirektion teilt mit: Vor einigen Tagen wurde unter dem Verdacht der Mittäterschaft des Mordes an dem Reichstagsabgeordneten Erzberger der 20 Jahre alte Student Heinrich Dieck aus Stuttgart festgenommen. Er wohnte seit einigen Wochen in dem Danje Pippelstraße 7, ohne sich anzumelden. Anlaß zu der Verhaftung geben Neußerungen des Dieb, aus denen geschlossen werden konnte, daß er der Mittäterschaft oder Mittäterschaft verdächtig sei. Dieck wurde dem Amtsgericht zugeführt und befindet sich noch in Haft.

Frankeichs neuer Mann in Polen.

Nachdem durch die jüngst gemeldeten Erörungen des Generals Nessel durch Pilsudski der unzulässige Eindruck abgeklärt worden ist, den Verwirklichung seiner längst gehegten Rücktrittsabsichten ausüben mußte, ist nunmehr als sein Nachfolger auf dem Posten des Chefs der französischen Militärmission in Polen der General Dupont angetreten. Dupont war bisher Leiter der deutsch-polnischen Grenzkommission. Er gilt in geringerem Grade als Nessel als Vertreter einer aktiven Politik gegenüber Sowjetrußland. Die französische Auffassung, Polen als Vorposten an der deutschen Ostflanke zu betrachten, vertritt er in diplomatischer Einleitung.

Um das Koalitionsrecht in Oberschlesien.

Man schreibt aus Oberschlesien: Am 8. Dezember nahmen hierseits die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ihren Anfang. Oberschlesien bildet nach Form und Charakter infolge einer zweihundertjährigen Entwicklung im Wesentlichen ein einheitliches Wirtschaftskreislaufgebiet und geographische Einheit. Ein politischer Wachsdruck wird die Einheit zerschneiden. Damit nun daraus keine wirtschaftliche Katastrophe entsteht, gebot die Entente, daß zwischen Deutschland und Polen ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen werden solle, wonach es wenigstens für die nächsten 15 Jahre ermöglicht würde, Rohstoffe, Halbfabrikate und Industrieprodukte vom deutsch-polnischen Gebiet nach dem polnischen Gebiet zu versenden und umgekehrt hinüber und herüber zu wechseln, denn es werden Gesellschaften, deren Betriebe aufeinander angewiesen sind, gestellt.

Am härtesten würden die Arbeiter betroffen, wenn es keine Möglichkeit geben sollte, die sozialen Verhältnisse und das Koalitionsrecht zu retten für jene, die künstlich ungewollt polnische Staatsbürger werden. Polen ist in sozialer Hinsicht ein rückständiger Staat. Das alles etwa zu erwartenden Verhältnissen wird der beste Garant für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung, das Bestehen einer geschlossenen, möglichst alle Arbeiter umfassenden freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sein. Hieran ist erforderlich, daß in erster Reihe das Fortbestehen der vorhandenen freigewerkschaftlichen Berufsverbände gesichert wird. In den Entwurfsverträgen für die Vereinbarung eines Wirtschaftsabkommens ist bezüglich der vorhandenen Organisationen folgendes bestimmt:

„Die deutsche und polnische Regierung werden für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die im Abkommensgebiet tätig sind, anerkennen. Diese Verbände werden in der Lage sein, Kollektivverträge für das gesamte Abkommensgebiet abzuschließen.“

Diese Anerkennung will nun nicht viel besagen angesichts der Tatsache, daß im polnischen Vereinsgesetz bestimmt ist, daß die im polnischen Staatsgebiet wohnenden polnischen Staatsangehörigen keiner Vereinigung angehören dürfen, deren Zentralführer außerhalb dieses Landes ist. Somit kommt nun noch das neue kommunale Verfassungsgesetz, das kürzlich im Sejm verabschiedet wurde. Vielleicht ist die polnische Polizei und Justiz, die künftig in dem polnischen Teil Oberschlesiens dominiert werden, einen Grund, um die vorhandenen deutschen Gewerkschaften des Kommunismus zu verdächtigen, um sie zur Auflösung zu bringen.

Die ober-schlesischen Unternehmer geben wohl um die Einheit ihres Arbeitgeberverbandes nicht viel. Prominente Herren, deren Werke künftig geschlossen in Polen liegen, sind der Auffassung, daß sich die Interessen derjenigen Unternehmen, die in Deutschland bleiben, und diesen, die nach Polen kommen, recht bald missernten werden, so daß man sich wohl bald trennen würde. Jene, die diese Auffassung haben, sind natürlich deutsch-national, wie ja auch der Führer der Unternehmerdelegation, die mit polnischen Vertretern in Sokolowice Sonderverhandlungen führte, hinter dem Rücken der deutschen Regierung, Herr Hübner, Oberdirektor des Fürsten von Pleß, deutsch-nationaler Stadverordneter in Katowice ist. Es hat immer so seine Eigenheiten mit dem „nationalen Empfinden“ dieser Herren.

Diese Herren wünschen natürlich auch die Einheit der Gewerkschaften, doch nicht, wo der Flecker wächst. Sie geben nach unserer Überzeugung nichts darum, wenn in dem polnischen Teil Oberschlesiens die freien Gewerkschaften verkümmern. Die deutsch-nationalen Unternehmer, die künftig polnische Arbeiter beschäftigen, werden, während Arbeitsschlüsseln, sich um ihren Gewinn kümmern. Um so schärfer haben die deutschen Arbeiter bei diesem Abkommen der Verträge anzupacken, damit Sicherungen für das Weiterbestehen der Gewerkschaften geschaffen werden. Für Nebenbei ist vor allem Tugenden gegen terroristische Mordanschläge polnischer Arbeiter und auch gegen Übergriffe der polnischen Behörden hervorzuheben. Wegen etwaiger Anträge der Unternehmer, die keine „deutsch-national“ und wegen „deutsch-national“ sein werden, werden sie sich dann mit Erfolg zu wehren verstehen.

Die Kommission für die Verhandlungen in Warschau hat nach dreiwöchigen Verhandlungen im Grunde die Arbeit für die Überführung der Drahtwerke in Oberschlesien. Die Arbeit wird in Warschau unter polnischer Aufsicht stehen. Die Überführung der Werke erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 312 des Friedensvertrages. Dieser besagt, daß die deutsche Regierung die auf die abschließlichen Verhandlungen entfallenden Kosten der polnischen Regierung überläßt. Von diesem Zeitpunkt ab ist die Verwaltung selbst.

Das Getreide im russischen Hungergebiet.

In dem bereits erwähnten Hungergebiet gibt man sich nach folgende erhebende Botschaft aus dem russischen Hungergebiet: Die Samara und Umgebung bedrückt. Das Getreide überflutet die Hungernden. Die Gegend von Samara ist, wo die Arbeiter arbeiten, wirtschaftlich als ein Hungergebiet. Von Moskau haben wir keine Nachricht mehr. Während der Monate September, Oktober, November sind 20 bis 30 gestorben, aber die Sterbezahl steigt fortwährend, und bis zum Frühjahr werden zwei Drittel der Einwohner verstorben sein, falls ausreichende Hilfe nicht sofort gelangt. In der Stadt Samara werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgefunden, andere liegen tagelang liegen, da keine Möglichkeit besteht, sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von den Straßen zerstreute Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungeführten 80 Leichen, meistens Kinder, ohne jegliche Beerdigung, da diese von den Lebenden zu sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen hingeführt. Ich fragte den Totengräber, wieviel Leichen täglich eintrifft, er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie haufenweise abgeholt werden. Den Eindruck der Hunderte von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrecht halten, sowie der verweirten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder stehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit.

Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Hungernden besser sind als in anderen Teilen des Gouvernements Samara. Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen Russlands. Die Bevölkerung, ohne eine Klage zu äußern, wartet im Todeskampf auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie sich hofft. Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen. Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die Arbeiter sind gepflügt und geackert, aber es fehlt an Saat. Die Arbeiter und Regierungen Europas müssen erwachen, die Tatsachen und das Verhängnis, das sich über abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen.

Ein nationaler Verleumder am Pranger.

Zurechnung von Verleumdung.

Der Schriftleiter der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ stellte über die Genossen Schelbmann und Wiesel Behauptungen auf, die geeignet waren, das Ansehen unserer Genossen in ehrfurchtbarer Weise zu verletzen. Unsere Genossen Scheidemann und Wiesel kreuzten eine Verteidigungsklage an. In der Verhandlung kam es zu einem Veraleich auf der Grundlage, daß die nachfolgende Erklärung in der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ wie im „Vorwärts“ zu veröffentlichen sei. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

In eigener Sache.

Ich habe mich auf Grund der stattgehabten Verhandlungen davon überzeugt, daß die in Nr. 2 der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ vom 6. Januar 1920 aufgestellten Behauptungen:

die Herren Scheidemann und Wiesel hätten sich für die angebliche Erteilung eines Einfuhr- oder Durchfuhrscheines an Georg Ellarz über den Betrag von 50 — fünfzig — Millionen Mark, oder überhaupt für die Erteilung eines Einfuhrscheines aus eigenem Interesse eingelassen oder sich für die Erteilung solcher Scheine Vorteile versprochen oder gewähren lassen,

jeder tatsächlichen Unterlage entbehren, und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Dr. Diekmann, Schriftleiter der „D. N. A.“

Hoffentlich ist diese öffentliche Anprangerung den zu Verleumdungen stets gern bereiten deutsch-nationalen Maulhelden eine ernste Mahnung.

Stolz lieb' ich den Bayer!

Die Sozialdemokraten des bayerischen Landtages hatten den Antrag gestellt, die bayerische Regierung solle entsprechend dem § 109 der Reichsverfassung im Reichsrat für die Zulassung der Frauen zu dem Schöffen- und Geschworenentum eintreten. Der Vertreter des bayerischen Justizministeriums lehnte diese „Zunehmung“ ab. „Verweigerung und Verleumdung der Rechtspflege“, „geistige Inferiorität“, „körperliche Schwäche“ und „dienstliche Verhinderung in gewissen Fällen“ waren die Gründe, die dieser hoffnungsvolle Diener der Gerechtigkeit dem § 109 verweigerte und mit denen er den Frauen die Tür zu den Gerichtsstuben und Sälen zuschlug.

Aber die bayerischen Landboten sind abgehärtet. Ihre Regierung hat sie schon an zu viel gewöhnt, als daß sie diese Offenbarungen von der Regierungshandlung ferner nicht hätten aufregen können. Gemütsbewegungen gab's auf der linken Seite, als der Regierungsmann den obigen schäblichen Einwänden folgende Beweisführung hinterherhaute: „Nach alter deutscher Auffassung ist es eine Schande für einen Mann, von einer Frau oder unter deren Mitwirkung abgeurteilt zu werden!“

Wie schlug diese Bombe ein! Die Antragsteller verhielten sie eine ganze Weile in Trance. Wie eröhrt wird, sollen der Berliner Massen-Frauenmörder Großmann und sein Berliner Kollege Landru eine Justizmahnungsadresse an das bayerische Justizministerium vorbereiten. Darin wird der Gedanke entwickelt werden, daß gerade sie es für ganz besonders blamabel halten oder gehalten hätten, von einer Frau mitverurteilt zu werden. . . .

Bürgerliche Journalisten auf dem Kriegspfad gegen das Kapital.

Der Volksverein Dresden des Landesverbandes sächsischer Presse trat in einer Mitteilerversammlung einmütig eine Resolution, in der es u. a. heißt:

„Obgleich die bevorstehende Erhöhung des Bezugspreises und der Anzeigengebühren auch mit der Steigerung der Gehälter der Journalisten und Arbeiter begründet wird, ist seit Monaten eine Erhöhung der Bezüge der Redakteure und journalistischen Mitarbeiter noch nicht erfolgt. Die Angehörigen, zu denen sich die Verleger bisher unerschrocken verhalten, tragen den Verantwortung für diesen Zustand. Die Angehörigen der Redaktionen werden bei diesem Angehörigen noch weit hinter den Bezügen zurückbleiben, die Angehörige anderer Berufe erhalten, in denen gleichwertige Arbeit geleistet wird. Das Verhalten der Verleger ist um so mehr zu verurteilen, weil sich ein großer Teil der Journalisten in der schwersten Notlage befindet, und die Kosten anderer, sogar weniger teurer Landesteile Deutschlands außerordentlich höher entlastet werden.“

Es wurde beschlossen, diese Resolution möglichst auch in der bürgerlichen Presse zu veröffentlichen. Wenn sich die Verleger dem widersetzen, so soll dies öffentlich bekanntgegeben werden.

Es ist das erste Mal, daß der Gegensatz zwischen Redakteuren und Verlegern, der sich in letzter Zeit mehr und mehr vertieft hat, nach außen in dieser Weise in Erscheinung tritt. Redakteure und Schriftsteller sind gezwungen, sich jetzt gewerkschaftlichen Methoden zur Befreiung ihrer Lage zu bedienen, weil sich die Verleger sträuben, die Bezüge der Zeitung anzupassen. Wenn die Redakteure, die in der bürgerlichen Presse die Interessen des Kapitals vertreten

soßen, immer mehr gezwungen sind, sich der gewerkschaftlichen Methoden im wirtschaftlichen Kampf zu bedienen, werden sie bald ein recht unbrauchbares Werkzeug der bürgerlichen Gesellschaft im Kampfe für das Kapital werden.

Ein rheinischer Notruf nach Washington.

Ablin, 18. Dez. (W.A.N.) Der Wirtschaftsausschuß und der Gewerkschaftsausschuß des besetzten Gebietes haben sich in einer gemeinsamen dringlichen Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Bitte gewandt, die Konferenz nicht zu beenden, ohne der unter der Besetzung schwer leidenden Bevölkerung des besetzten Gebietes zu helfen und der Konferenz einen Abrüstungsvorschlag für das besetzte Gebiet vorzulegen.

Das Feilschen um die Abrüstung.

New York, 17. Dez. Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington geht die englische, amerikanische und japanische Meinung im allgemeinen dahin, daß der Umfang der französischen Flotte und der italienischen Flotte auf keinen Fall mehr als je 200 000 Tonnen umfassen dürfe. Frankreich macht dagegen geltend, daß es ungerecht sei, die von England, den Vereinigten Staaten und Japan angenommene 40 Prozent betragende Herabminderung der Flottenstärke auf die bestehende französische Flotte zu übertragen, da Frankreich während des Weltkrieges keine Schiffe habe bauen können. Die „New York Herald“ aus Washington meldet, würde durch die unerwartete Stellungnahme Frankreichs eine Verzögerung in der Fertigstellung des Flottenabrüstungsprogramms eintreten, von dem $\frac{2}{3}$ bereits fertiggestellt sind.

Englische „Abrüstung“.

London, 17. Dez. Wie die Blätter melden, will England auf Grund des Abrüstungsplanes, auf den man sich in Washington endgültig geeinigt hat, vielleicht zwei neue Kriegsschiffe bauen.

Um die Erhöhung der Unfallrenten. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß der Vorschlag, als neue Zulage für die Unfallrenten die jetzigen Zulagen zu verdoppeln, undurchführbar erscheine. Dagegen sollte versucht werden, eine Verständigung auf Grund der sozialdemokratischen Änderungsanträge zu dem Regierungsentwurf herbeizuführen. Mit diesem Versuch wurde ein Unterabschuß betraut, der schließlich folgendes vorzuschlug: Der Nachweis der Bedürftigkeit wird im allgemeinen beseitigt. Demnach sollen die Renten auf den Betrag erhöht werden, der sich ergibt, wenn ihrer Berechnung ein Jahresarbeitsverdienst von 12 000 Mark in der gewerblichen Unfallversicherung und ein Jahresarbeitsverdienst von 8 100 Mark in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zugrunde gelegt wird. Leider blieb das Arbeitsministerium dabei, daß diese Zulagen nur auf solche Renten gezahlt werden, die 10 v. H. der Vorkrente und mehr erhalten. Für Arbeitsverdienstes, für solche über 16 Jahre, aber unter 21 Jahren, werden 80 v. H. jenes Arbeitsverdienstes zugrunde gelegt. Dagegen ist eine ungünstigere Berechnung für weibliche Versicherte abgelehnt worden.

Clemens v. Delbrück, Staatsminister a. D., ist gestern in Wien im 65. Lebensjahre gestorben. D. war in den Jahren 1898-1902 Oberbürgermeister in Lausitz.

Streikdrohung der Hamburger Beamten. Eine von 7000 Personen besetzte Versammlung Hamburger Beamten beschloß, die den Streik einzutreten, falls ihre Forderung auf Auszahlung der Januargehälter vor Weihnachten nicht erfüllt werde.

Vereinigt haben sich die Sozialistische Partei und die Unabhängige kommunistische Partei der Schweiz. Die orthodox-moskowitzische K.P.Z. besteht angeblich noch weiter.

Zita wieder auf Reisen. Die ungarische Königin Zita verläßt, wie aus Paris gemeldet wird, am 26. Dezember die Insel Madeira, um sich nach der Schweiz zu begeben.

Die Berliner Autobroschüren-Chauffeure sind Sonntag um Mitternacht in den Streik getreten als Protest gegen die neue Kraftwagenperikulationen.

Die Kohlennot. Die gesamte Ruhrhavener Fischdampferflotte wird nacheinander im Laufe dieser Woche zum Stillstand kommen. Es sind nur noch fünf Dampfer zum Gang unterwegs, von dem sie im Laufe der Woche zurückkehren werden. Seit Wochen schon können keine Fischdampfer mehr mit Kohle versorgt werden und daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Mit irgendwelchen Kohlenzufuhren ist vorläufig nicht zu rechnen.

Ein dänischer Nord-Ostsee-Kanal. In Dänemark betreiben zurzeit interessierte Kreise die Verlesung des Amfjordwäherwassers zu einem Kanal, der das Kattegat unmittelbar mit der Nordsee verbinden soll, unter Vermeidung des Weges um das verhängnisvolle krumme Skagerrak.

Die Berliner Hochbahn ist seit Sonntag nachmittags nach achtstündiger Streikpause wieder in Betrieb, es gelang, den Ausstand der Angestellten gütlich beizulegen.

Verfälschte Munitionstransporte. Die spanische Presse bringt die Nachricht, daß das spanische Kanonenboot „Bonifaz“ in den Gewässern von Alhucemas zwei französische Schiffe mit Waffen und Munition, die für die Stabilität bestimmt waren, aufgriff und verfrachtete.

Detroit, Musbarn, Neworleans in den Jahren bis 1918 wechsellnd und nur ganz langsam herunier. Sie betragen 1915 10,70 auf 100 Zentimeter, 1916 11,01, 1917 11,62, 1918 10,40. Im Jahre 1919, in dem nur die zweite Hälfte unter Alkoholverbot stand, sank die Zahl auf 9,29, 1920 auf 8,98, also ein ausgeprägtes rasches Absinken nach Eintritt des Alkoholverbots.

Wahrscheinlich sind auch die Zahlen der Großstadt Voston über die Verkäufe von Zigaretten. 1917 bei vollem Absatz 12.500; 1918 unter teilweiser Einschränkung, 50.000; 1919 mit Alkoholverbot ab 1. Juli 12.800; 1920 ganz unter Verbot 10.807, Abnahme 1920 gegen 1917 um 72 Proz. R. Goebel.

Auf die Anfrage im deutschen Reichstage, ob sich die Regierung des amtliche amerikanische Material über die guten Wirkungen des Alkoholverbot beschränken und darauf hinwirken wolle, daß in Deutschland Alkohol nur noch für medizinische oder technische Zwecke beschafft werden dürfe, erklärte ein Regierungsvertreter, daß erst noch die Erfahrungen aus anderen Ländern, wie a. N. Schweden, abgemerkt werden müßten.

Aus dem Osten.

Wegen Niamie verurteilte die Brandenzer Strafkammer den früheren Sergeant Josef Fokowski zu einem Jahre Gefängnis. Er hatte sich zum ersten Male im Jahre 1917 verheiratet, und zwar ließ er sich damals Erikastrauen. Während des Alkoholverbot im Jahre 1920 war er bei der französischen Mission und lernte eine Gräfin Valoda aus Göttingen kennen, mit der er, trotzdem er bereits verheiratet war, auch die Ehe einging. Längere Zeit lebte er mit der Gräfin zusammen, wamentwegen er von seiner ihm zuerst getrauten Gattin für verrückt gehalten wurde.

Der Hebräer eines Landbauführers fand vor dem Landberger Schöffengericht seine Sühne. Am 16. November 1921 fand in Stolzenberg ein Grabschlag statt. Zu diesem Grabschlag war der Kreisbauführer des Brandenburgerischen Landarbeiterbundes, Warnefeldt, hinzugezogen. Da er in einer Ansprache lediglich die Gutsbesitzer und die Beamten hochleben ließ, übte sich jeder, der Vorwörter ist, gekränkt. Es kam zwischen ihm und Warnefeldt zu Reibereien, in deren Verlauf jeder den Warnefeldt beleidigte. Unabhängig von diesen Beleidigungen kam es später dann zu einer Schlägerei zwischen den beiden, bei der nach dem Erscheinen der Wehrsaufnahme Warnefeldt den Leder angriff, ihn an Boden schlug und so schwer mißhandelte, daß jeder schämere Verletzungen davontrug. Jeder selbst erhielt 50 Mark Geldstrafe für die von ihm ausgesprochene Beleidigung und Warnefeldt 4 Wochen Gefängnis, die insbesondere mit Rücksicht darauf ausgesprochen wurden, daß er den bereits am Boden liegenden Leder noch weiter auf das größte Schläge geschlagen hat.

Zahnpolizei in Polen. Vor fünf Wochen, beim größten Tiefstand der polnischen Mark, stellten sich die Zahnpolizei in Polen folgende Preise: Herren Chromleder Stiefel 15000 bis 20000 Mark, bessere Sorten 18-24000 Mark, Lederschuhe 25-40000 Mark, Damenschuhe aus Chromleder 14-20000 Mark, bessere Sorten 18-26000 Mark, Lederschuhe 18-40000 Mark. Es bemerkt, daß nachdem die polnische Mark gegenwärtig und wieder etwas gesunken ist, stellen sich die Preise folgendermaßen: Herrenstiefel, Chromleder 10-15000 Mark, bessere Sorten 12-18000 Mark, Lederschuhe 19-28000 Mark, Damenschuhe aus Chromleder 9-16000 Mark, bessere Sorten 12-20000 Mark, Lederschuhe 13-28000 Mark.

Arbeitslosenemigration in Podo. Am Sonntag fand in Loda eine Massenversammlung gegen die Arbeitslosigkeit und die Arbeitseinschränkungen statt. Es wurde eine Resolution angenommen, jedoch von dem wichtigsten Punkt, nämlich der Ausfuhr von Arbeitern, die Resolution beginnt mit der Resolution, daß von dem Staatland in der Fernstudie die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft betroffen werden, die dadurch zum langwierigen Tode durch Hunger und Kälte verurteilt ist. Ein beratender Ausschuss wurde den Arbeitern zur Annahme und tatsächlichen Ausfuhrungen gegenüber dem polnischen Staat. Dieser Ausschuss ist durch den bösen Willen der Kapitalisten hervorgerufen worden. Sie wollen die durch Hunger und Kälte ermordeten Arbeiter zwangsweise von ihnen diskreditieren Arbeitsbedingungen annehmen. Aus diesem Grunde wird die Regierung aufgefordert, die gegenwärtige Arbeit zu unterbrechen, die Industrie einer Kontrolle zu unterstellen, den Arbeitslosen

Arbeit zu verschaffen oder ausatragliche Unterstützung zu gewähren, den Kampf mit der Teuerung aufzunehmen und zur Beschleunigung der bei den reichgewordenen Panern und Gutsbesitzern aufgeschoberten Reformen Mittel zu schaffen.

Volkswirtschaftliches.

Die starke Zieherung der Großhandelspreise im Monat November, die bereits an Hand anderer Messungen festgestellt wurde, wird auch durch die Großhandelspreise des Statistischen Reichsamts bestätigt. Diese sind von 1919 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 115 oder um 18,9 v. H. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat die außerordentliche Höhe vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überbritten. Gegenüber dem Referenzstand (1913) betragen die Preise von 1919 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 115 oder um 18,9 v. H. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat die außerordentliche Höhe vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überbritten. Gegenüber dem Referenzstand (1913) betragen die Preise von 1919 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 115 oder um 18,9 v. H. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat die außerordentliche Höhe vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überbritten. Gegenüber dem Referenzstand (1913) betragen die Preise von 1919 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 115 oder um 18,9 v. H. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat die außerordentliche Höhe vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überbritten.

Auf dem Wiederanbau der deutschen Handelsflotte. Auf der Wasserwerft lief das Fracht und Passagierschiff des Norddeutschen Lloyd in Bremen „Porta“ vom Stapel. Es ist ein Schwester-Schiff des zuletzt vom Stapel gelassenen Dampfers „Minden“. Das Schiff faßt 6500 Ladetonnen und ist 100 Meter lang. — Die Reederei Hugo Lütjens stellt einen neuen großen Dampfer in den Südamerika Dienst. Es ist der Dampfer „Holm“ der Danziger Reederei und Handelsgesellschaft Armas. Seine erste Fahrt wird er kurz vor Weihnachten nach Brasilien und dem Pazifik antreten.

Die Arbeitsbedingungen in den Moskauer Privatbetrieben. Der Moskauer Gewerkschaftsrat hat eine Revision der Arbeitsbedingungen in den Moskauer Privatbetrieben vorgenommen und dabei viele Mängel festgestellt. Am ganzen wurden 65 Betriebe untersucht. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Kaufhäuser, Restaurants, kleine mechanische Werkstätten, Bekleidungs- und Schuhfabriken u. a. Die Arbeiter und Entlassenen der Arbeiter erlitten bei immer schärfer werdenden Verhältnissen, ohne Vermittlung der Gewerkschaften. Der achtstündige Arbeitstag wurde fast überall eingehalten, es wurden Fälle von 10 bis 12, ja von 11 bis 14stündiger Arbeitsdauer festgestellt. Die Verhältnisse der Arbeiter erlitten meist noch dem Mittelstadium. Ein Arbeitsvertrag wurde in den Vereinbarungen von 1919 in die meisten Angelegenheiten nicht den geltenden Gewerkschaften angehängt.

Polen und der russische Markt. Der Vertreter der sowjetrussischen Handelsdelegation in Warschau, Grelschakow, erklärte der polnischen Presse, daß der warenausgang russische Markt seinen Absatz von Textilien, Manufakturwaren, Glas, landwirtschaftlichen Maschinen usw. am vornehmlichsten in Polen suchen würde. Die polnische russische Delegation werde den Absatz von Konsumgütern zwischen der sowjetrussischen Handelsvertretung und den polnischen Kaufleuten vorläufig zurückstellen. Er hoffe jedoch, daß die bestehenden Beziehungen bald wiederhergestellt sein würden.

Ein neuer Stahlwerk. Neben dem mächtigen amerikanischen Stahlwerk Steel Corporation ist jetzt ein zweites Werk in der amerikanischen Stahlindustrie im Entstehen. Sieben große Stahlwerke sollen unter der Leitung der achtgrößten Stahlwerke, nämlich „Bethlehem“ und „Steel“ zusammengefaßt werden. Das Gesamtvermögen des neuen Werks beläuft sich auf 100 Millionen Dollar, die Hälfte des Steel Corporation.

1000 Schandbücher wurden Sonntag nachmittag auf dem Tempelhofer Feld verbrannt. Dieser riesige Scheiterhaufen war das Ergebnis eines Kampfes gegen die Schandliteratur, den der Neutöllner Magistrat mit Unterstützung zahlreicher Jugendorganisationen und Lehrer veranstaltet hat.

Zufalls-Verbot. Bei den Aufschalwettspielen in Rudow war es in letzter Zeit wiederholt zu erlösen Ausstellungen der Spieler und des Publikums gekommen. Demnach hat nun die Polizeibehörde ein Verbot gemacht und die Wettspiele bis auf weiteres gänzlich unterbietet.

Wieder ein schwerer Explosionsunglück. Nachdem vor einigen Tagen in der Sprengstoffabrik Pulowitz bei Potsdam sich eine folgenschwere Explosionskatastrophe ereignet hatte, ist das Werk Sonnabend früh erneut von einem ähnlichen Unglück heimgesucht worden. In der Abfallanlage erfolgte eine Explosion, wobei fünf Mann getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Ein neuer Schieberzweig. Das Straßburger Geschworenengericht hat den naturalisierten Deutschen Hermann Gähler zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Gähler wurde beschuldigt, im Elsaß ansässigen Deutschen durch betrügerische Handlungen die Naturalisation als Franzose verschafft zu haben.

Eine schwere Grippeepidemie in Hamburg wütet seit vergangenerem Freitag. Die Krankenzahl ist beachtlich.

Großfeuer im Hafen von Valencia. In der vergangenen Nacht ist in den gedeckten Hafendock, die 2000 Tonnen Waren enthielten, von denen einige einen großen Wert darstellten, wie zum Beispiel Schals und Masten, eine Feuerbrunst ausgebrochen. Der Verlust wird auf mehr als zwei Millionen geschätzt.

Der eigenen Bruder erschossen. In Wilkesee erlösch der 12jährige Sohn des Bauernmanns Beck beim Spielen mit einer Pistole einen fünfjährigen Bruder. Die Eltern besaßen sich auf einer Gaststätte bei Verwandten und hatten den Bruder allein zurückgelassen. Die Gelegenheit benutzte der Knabe, um die in dem umliegenden Schießhaus verweilende Pistole seines Vaters, die war geladen, abzufeuern, worauf der kleine Bruder in die Stirn gedrungen und hatte ihn so schwer verletzt, daß er wenige Augenblicke nach dem Anschlag starb.

Blutgerichts oder Mord. Eine interessante Entscheidung fällt im Fall ein Mordfall Richter in einem Ehebeidmangprozess. Es handelte sich um die Ehebeidung der Frau eines Arztes Adeline von, und im Laufe der Verhandlungen mußte sie angeben, daß sie täglich zwischen 50 und 60 Zigaretten rauche. Als nun die Entscheidung darüber getroffen werden sollte, wenn von den beiden Ehegatten ihr sechsjähriges Kind geerbt werden sollte, erklärte der Richter, Mrs. von möge wählen, ihren Ehemann oder die Zigaretten. Sie mußte sich für den Ehemann entscheiden, nicht mehr zu rauchen, wenn sie das Kind erben wollte. Er erklärte, er wolle nicht im allgemeinen der Wünsche der Damen verweihen, aber er habe bemerkt, das Ergebnis von Sachverständigen bekräftigt in diesem Falle, was uns der gelehrte Menschenverstand sagt: Ein Kind von so gutem Vater wird besser aufwachsen, wenn es in eine glückliche Ehe gebracht wird, die nicht von Zigarettenrauch verunreinigt ist.

Österreichs letzter Leutnant. Am österreichischen Nationalrat wurde dieser Tage ein Bericht über die Chorgewehrmanufaktur der polnischen österreichischen Grenze vorgelesen. Das Werk hat die gesamten 197 Offiziere wie folgt auf: 1 Oberleutnant, 291 Leutnant, 37 Oberleutnants, 11 Major, 312 Unterleutnant, 141 Oberleutnants und 1 — einen — Leutnant. Ein einziger erfahrener Leutnant für die ganze österreichische Armee! Da hat Deutschland es doch besser. Dort ist der Leutnant nicht nur in zahlreichen Ehrenämtern, sondern auch in einer Unzahl erhalten gehalten, die noch immer mit Vorkriegszeit und Monarchie allen Anforderungen eines wirklich adregeordneten Militarismus genügt.

Ein ernstes Wort.

Vom Verhalten im Theater.

Das Theater will mehr sein als eine Stätte gelegentlichen Amüßments. Es will den Betrachtern den Weg zum inneren Leben weisen und ihnen zeigen. Es ist selbstverständlich, daß nicht in allen Betrachtern gleich ein volles Verständnis für die Leistungen künstlerischer Gestaltung besteht. Es wird immer Leute geben, die gerade bei ernstem, aus höchstem Schöpferdrang hervorgehenden Werken zunächst unerschrocken bleiben.

Wer aber ein Theater besucht, hat die Pflicht, Rücksicht auf die Gemeinschaft zu nehmen, der er sich aus freien Stücken anschloß. Seine Schuldigkeit ist es, durch Selbstdisziplin, durch angemessenes Benehmen die Zurückhaltung der anderen nicht zu verletzen.

Von jedem Zuschauer ist zu verlangen, daß er pünktlich zur Vorstellung erscheint. Wer zu spät kommt, hat sich wenigstens nicht durch Betreten des Zuschauerraumes während des Spiels oder gar lärmendes Aufstehen seines Zuges unheimlich bemerkbar zu machen.

Es ist gleichermäßen ein Zeichen von Unbildung wie von Schamlosigkeit, wenn jemand während des Spiels mit seinen Nachbarn spricht, mit Papier knirrt oder ähnliche lärmende Geräusche verursacht. Auch wenn jemand alles „Schweigen“ und „Stille“, das heute die Vorschriften durchsetzen, kaum unterdrückt werden. Wo irgendein besonderes spannender Vorgang die Aufmerksamkeit packt, verkommen allgemein diese Gebote von selbst: ein Beweismittel, daß sie nicht „unantastbar“ sind. Zum mindesten sind ihre Einhaltung durch den Zuschauer möglich.

Ungehörig ist es auch, in einem ernsten Stück laut zu lachen, selbst wenn man bei einer Stelle einmal auslacht, das etwas „Lustig“ wäre. Es wird diese Auffassung ein Zuschauer als ein Zeichen von Unbildung angesehen sein; aber auch wo der Theater nicht die gleiche Darstellung ein vor seine humoristische Wirkung aufweist, gereizt ein „mies“ stehen die Stimmung. Ein

feinläufiger Mensch wird hier auch gar nicht in Versuchung kommen, sich durch vernünftige Tadeln bemerkbar zu machen.

Je mehr sich jemand zusammennimmt, je energischer er jeder Versuchung zum Zusehen, Zusehen und Zusehen leidet, je höher er sich dabei selbst erhebt, dem Werte des Theaters zu tun, desto höher wird er selbst gehalten werden, dieses Werk zu verstehen, um so mehr wird es ihm geben, um so größeren Genuß wird er von dem Theater haben.

Moderne Wikingerschiffe. Wir können über die Kleinheit der Norweger, auf denen die großen Entdeckungsfahrten früherer Jahrhunderte vollbracht wurden: Die „Drachen“ der Wikingen, mit denen diese Ostland, Westland und Nordamerika erschlossen, waren etwa 2 Meter lang und 1 Meter breit. Columbus' Flaggschiff war 100 Tonnen groß, Magellans, des ersten Weltumsegelers größtes Schiff 120 Tonnen, und Drake's, des berühmten englischen Seeräubers und Entdeckers, „Pelican“, 100 Tonnen, kein kleineres Schiff lag nur 15 Tonnen groß. Aber auch in der Gegenwart bemühen sich hochbegabte Schiffbaukünstler nach wie vor Schiffe zu großen Fahrten an. 1912 wurden fast gleichzeitig zwei Polarfahrern auf nur 32 Tonnen großen, 17 bis 18 Meter langen Schiffen angetreten. Auf der „Kathleen“ befand sich der Kapitän von der britischen Marine Rallier du Batn nach der Entdeckung von Gherbourg aus in einer Weltumsegelung in See, die ihn in 7 Jahren durch den Atlantischen und den indischen Ozean nach Australien, zurück durch den Stillen Ozean und den Panamakanal nach Gherbourg führen sollte. Neher beide Fahrten ist erst in diesem Jahre etwas bekannt geworden; über Ralliers Reise durch ihn 1921 in Leipzig erschienenen Buch „Zugfahrten“, über Ralliers du Batns Reise gelegentlich der Beschreibung des deutsch-amerikanischen Handels Schiffes „Kathleen“ durch den englischen Schriftsteller Ralliers du Batn war die unglückliche Reise und auch weiterer

schon über von beiden, was es aber bedeutet, in einer solchen Aufgabe einen solchen Turm durchzumachen, darüber müde man in keinem Falle nachdenken. Rallier du Batn müde seine Reise nach zweijähriger Dauer bei Kriegsausbruch in Australien unterbrechen; es war ihm aber vorher gelungen, die damals des ostindischen Ozeans „Kathleen“ von uns zu retten durch den Aufenthalt und die trübsamen Zeiten zweier Winterrichter der deutschen Südpolar-Expedition, Edmundsen und Werh, in den Jahren 1901 und 1902, gemüßwachen aus dem gerettet ist, sehr zu verbessern und namentlich mehrere gute Aufschreibungen aufzunehmen, die in den durch ihre ganz präzis einbrechenden Systeme berühmten Gewässern um den Inseln sehr vonnöten sind.

Ein Riesenrad in Prag. Von dem Traber- und Allgemein Sportverein in Prag ist die Anlage eines Riesenrads in Aussicht genommen, dessen Ausmaße die bisher in Europa existierenden derartigen Anlagen weit übertreffen. Als Umräumung einer Trabrennbahn wird eine Rennbahn für Rad- und Motorsport von 1100 Meter Umfang angelegt. Am inneren Ende dieser Bahn soll eine 1000 Yards-Laufbahn entstehen, während der Innenraum Fußball, Tennis, Badminton und Springplätze aufnehmen wird. Die Verwirklichung des Projektes steht in Aussicht, da bereits im Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden soll.

Die größte Fördermaschine der Welt ist vor kurzem in der Maschinenfabrik der Union Mining Comp. in Nordamerika aufgestellt worden. Wie in den „Naturwissenschaften“ darüber mitgeteilt wird, fördert diese Maschine mittels einer Zeitkremmel von 9,14 Meter Durchmesser und ebenfalls Breite eine Last von 10 Tonnen aus 2000-2000 Metern tieferer Tiefe. Das Gewicht des abgewickelten Seiles von 100 Metern Länge beträgt 10 Tonnen und ist ausbalanciert. Das Stahlseil hat eine Dicke von 44 Millimeter. Unter Berücksichtigung des Auf- und Abfahrens beträgt die Zeit eines Zuges 4 Minuten 3 Sekunden. In der Stunde waren 12 Lüge gefahren.

Danziger Nachrichten.

Ein neues Lohnpfändungs-gesetz

Ist vom Senat dem Volkstag vorgelegt worden, nach dem der Arbeits- und Dienstlohn bis zur Summe von achttausend Mark für das Jahr, und, soweit er diese Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen ist. Hat der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages. Ueberschreitet der Arbeits- oder Dienstlohn die Summe von fünfzigtausend Mark für das Jahr, so keine Anwendung. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar in Kraft.

Wirtschaftsbeihilfe im Handelsgewerbe.

Der Demobilisationskommissar hat den Nachtrag vom 29. November 1921 zu dem zwischen dem Bund der Arbeitgeberverbände im Handelsgewerbe einerseits, sowie den Angestelltenorganisationen andererseits geltenden Tarifverträge, durch den sich die Arbeitgeber zur Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 1200 Mark bis 200 Mark verpflichten, für das Gebiet der Freien Stadt Danzig für als gemeinverbindlich erklärt. Sämtliche im Handelsgewerbe beschäftigten Angestellten haben mittels einer rechtlichen Inanspruchnahme die Wirtschaftsbeihilfe. Von der Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung sind ausgeschlossen die Arbeitgeber des Bereichs der Buchhändler.

Die neuen deutschen Postgebühren.

wie sie auch von Danzig übernommen werden dürften, sind vom deutschen Reichstag zum 1. Januar 1922 endgültig wie folgt festgesetzt: Die Postkarte im Einzelerwerb 7 Pf., im Fernerwerb 1,25 Mark, für den Brief im Einzelerwerb bis zu 20 Gramm 1,25 Mark, über 20-29 Gramm 2 Mark, im Fernerwerb bis zu 20 Gramm 2 Mark, über 20 Gramm bis 100 Gramm 3 Mark, über 100-29 Gramm 4 Mark, über 30-49 Gramm 5 Mark, über 50-99 Gramm 6 Mark, über 100-299 Gramm 7 Mark, über 300-500 Gramm 8 Mark, über 500-1000 Gramm 9 Mark. Einschickarten mit fünf Einschubarten 10 Pf., 10-20 Gramm ebenfalls 2 Mark, das Wochenblatt bis 1 Kilogramm 1 Mark, Paketgebühr bis 5 Kilogramm in Danzig und 7 Kilogramm 6 Mark, in der Fernzone über 7 Kilogramm 9 Mark. Die Zeitungsgeld beträgt für die Zeitungsummer im Einzelerwerb bis zu 20 Gramm 2 Pfennig, die Zeitungsummern für Betriebe bis zu 100 Mark 7 Pfennig. Das Briefschreiben ist zulässig als ein Tag, den sich nur beschränkte Personen leisten können.

Sturm-Üben.

Der heftige Sturm, der in der Nacht zum Sonnabend einsetzte, hielt noch während des gestrigen Sonntags an, und machte den Aufenthalt im Freien ungemütlich. Den Fischern und Pflanzern spielte der Sturm überaus mit. Im Warenhaus Sr. Frauenmann drückte die Gewalt des Windes eine Scheibe heraus. Auf dem Vogelpfuhl legte der Wind einen Schornstein um.

Anfolge Sturmes sind die Fernleitungen nach Berlin, Hamburg, Glogau, Pöstitz, St. Eufan, Allenstein, Ostpreußen, Marienwerder, Marienburg, Eliva, Joppo, Neudorf, Warschau, Posen, Bromberg, Graubenz, Thorn und Tilschau gestört. Ferngespräche verzögern erheblich. Fehlerbehebung ist veranlagt.

Im Rechte wüthete das Wetter ebenfalls. Ein orkanartiger Sturm richtete gestern in Berlin und Umgebung schwere Sachschäden an. Auch Personen wurden durch herabfallende Dachziegel oder Mauerstücke oder durch Glascherben der vom Sturm eingedrückt Fenster und Fensterscheiben verletzt.

10-Pfund-Pakete zollfrei nach Deutschland.

Wie erst jetzt bekannt wird, können 10-Pfund-Pakete, auch mit Lebensmittel, bis Weihnachten zollfrei nach Deutschland abgeschickt werden. Eine diesbezügliche Bekanntmachung hängt nur in den Geschäftsräumen der Handelskammer aus. Der Vorkurs ist in diesem nicht mitgeteilt worden, wahrscheinlich um zu verhindern, daß auch das „Volk“ die Gelegenheit zum Abschicken eines Weihnachtspaketes benutzte. Wir sind über das Verhalten der Handelskammer erstaunt, weil diese sonst um jede Kleinigkeit den Zeitungen spaltenlange Artikel zuschickt.

60 000 Zentner Kartoffeln erfroren?

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Arbeiterzeitung“ einen Artikel, in dem der Ernährungsinspektor Dr. Gähert, Inhaber der Schnaps- und Pilsfabrik S. J. Keller, dafür verantwortlich gemacht wird, daß 60 000 Zentner Kartoffeln in Speichern erfroren sind und jetzt nur noch zur Schnapsbrennerei verwendet werden können. Es handelt sich hierbei um Kartoffeln, welche für die von der Stadt bewilligten 10 Millionen Mark beschafft worden sind. Es wurden 60 000 Zentner lose in verschiedenen Speichern gelagert. Bei der in den letzten Tagen herrschenden Kälte sollen die Kartoffeln erfroren sein.

Sowjetrussischer Besuch. Der bevollmächtigte Vertreter der russischen Sowjetrepublik, V. Karachan, stattete in der vergangenen Woche dem Präsidenten des Senats Sahn einen Besuch ab. An der Besprechung wurde die Bedeutung des Handels und der Industrie Danzigs für die Bedürfnisse Danzigs erörtert, ferner die Frage einer konsularischen Vertretung der Sowjet-Republik im Freistaat.

Jungsozialistengruppe. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß sich in Danzig, wie auch in anderen Städten Mittel- und Westdeutschlands die jungen Parteigenossen zu einer Jungsozialistengruppe zusammengeschlossen haben. Arbeit an sich selbst heißt die Lösung der Jungsozialistenbewegung, und damit Arbeit für die Sache, für die Partei. Ein besonderer Beitrag wird nicht erhoben. Mit der Arbeit soll Pflege der Geselligkeit Hand in Hand gehen.

Am Dienstag, den 20. 12. 1921, abends 7 Uhr, findet eine Versammlung in der Aula der Schule Sellige Weisgasse 111 statt. Gen. Erich Brast spricht über „Das Leben und die Werke des Dichters Heinrich Heine“. Anschließend hundert Zeil. Gäste sind willkommen.

Die Freizeitspiele-Gemeinde ladet ihre Mitglieder zu Donnerstag, den 22. Dezember, zur Weihnachtsfeier in den „Kaiserhof“, Sellige Weisgasse 43, 1 Tr. Aus dem Programm sind hervorzuheben: Weihnachtspantomime und Richard-Wagner-Phantasie, komponiert und gespielt von Herrn Arieschen. Hr. v. Bodemann wird einige ihrer gern gehörten Märchen erzählen. Neben Gesangsstücken gelangen Gedichte (auch von der Jugend) zu Gehör. Die Ansprache hält Prediger Stegmeyer. — Beginn nach 7 Uhr. Eintritt 1 Mk. Karten bei G. Conrad, Altküdt, Graben 168, P. Diebig, Langfuhr, Hauptstraße 18, und am Saaleingang.

Ein „echt“ christlicher Mann

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ein echt christlicher Mann ist der Buchdruckermeister G. J. Voentig, Frauengasse Nr. 8. Schon vor einiger Zeit mußte man sich mit diesem Herrn etwas näher beschäftigen und einzelne Praktiken der Vessentlichkeit bekanntgeben. Daß die damaligen Ausführungen zutreffend waren, bewies das Schweigen, wie auch das seines Leitblattes, des „Danziger Volksblattes“. Nun hält es mitunter schwer, Rechtlichkeit in einzelne Menschen mit Worten hineinzupauken, zumal wenn sie glauben, die liebe Gerechtigkeit und Nächstenliebe für sich allein in Erbpacht genommen zu haben. Deshalb dürfte die neue Methode des Herrn Voentig wohl allgemein interessieren: Dieser Mann arbeitet seit Jahren nur mit Lehrlingen, die nach Beendigung der Lehrzeit sofort auf die Straße gesetzt werden. In der Anzahl wird auf die gesetzlichen Bestimmungen einfach solange geachtet, bis die Mehrheit von Gehilfen zum Einstreiten veranlaßt wird. Die Bezahlung der Lehrlinge ist das jämmerlichste Stück, was im Buchdruckergewerbe von diesem „echt“ christlichen Manne geleistet wird. Während fast alle Prinzipale die wirtschaftlichen Nöte auch für die Lehrlinge anerkannt haben, erlaubt Herr Voentig, seine Lehrlinge mit der Hälfte des vorgeschriebenen Wochenlohnes abzuspeisen zu können. Alle Hinweise auf Aufbesserung sind bis jetzt vergebens gewesen. Als neuestes Wundermittel zur Erlangung des eigentlichen Wochenlohnes werden Lurzerhand „Schokolade“ an die Lehrlinge verteilt. Vorkosten dafür übernahm Herr Voentig mit dem „Alten Herr im Hause“. So sieht das christliche Herz dieses Mannes aus, dessen Lebensunterhalt durch die Ausbeutung der Lehrlinge aufrechterhalten werden soll. Ein wahrer „Musterprinzipal“, dem kein Kollege, der Buchdruckermeister G. J. Voentig, Gundege, wüthlich zur Seite zu stellen ist. Auch dieser Mann arbeitet nur mit Lehrlingen, zahlt ähnliche Löhne und kümmert sich nicht um das Wohl der ihm Anvertrauten. Es darf deshalb nicht Wunder nehmen, wenn schließlich hier und dort andere Mittel angewandt werden, um den derzeit verwerflichen Stand für das Buchdruckergewerbe ganz auszuräumen. Zunächst sei allen Eltern empfohlen, ihre Kinder von solchen Betrieben fern zu halten und sich zuvor mit der Gehilfenorganisation in Verbindung zu setzen. Insoweit gibt G. Madtke, Langfuhr, Mariengasse 28, 1 Tr., täglich von 4-6 Uhr. Persönlich mögen diese Zuschriften genügen. Gest. kann selbstverständlich wieder auf die bösen Gezeiten gedonert werden, wobei jedoch nicht vergessen werden soll, daß die „christliche“ Nächstenliebe bei diesen doch anders aufgefaßt wird, als aus dem gebildeten Stand zu ersehen ist.

Der proletarischen Einheitsfront

ist wieder einmal das Feldgeschrei der kommunistischen „Arbeiterzeitung“. Anlaß dazu gibt ihr die, wohl auch in kommunistischen Arbeiterkreisen nicht verstandene, Ablehnung einer Forderung der Deutschen Revolution durch das kommunistische Oberhaupt Kohn. Eine ausführliche Betrachtung dieser Frage mühten wir bis morgen zurückstellen.

Zeise vom Wapen gestohlen. Der Arbeiter W. S. in Danzig sah im Juni am Tage auf der Straße einen Wagen mit Platanen voll Zeise stehen. Mit einem andern unbekannt gebliebenen Manne stahl von dem Wagen mehrere Ähren und wurde dabei abgefaßt. Das Schöffengericht verurteilte S. wegen Diebstahls zu 2 Monaten Gefängnis.

Der 4. Bezirk (Schlicht) des Sozialdemokratischen Vereins hielt am Donnerstag bei Steppuhn eine Mitglieder-Versammlung ab. In einstündiger Rede sprach Gen. Massow über den Klassenkampf. Die Versammlung folgte mit Interesse den Ausführungen, was auch die nachfolgende rege Aussprache bewies. Gen. Die gab den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse und der Mitgliederbestand sind gut. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Als Pilskassierer wurden Genossen P. P. und Gen. Scherrek gewählt. Zu dem Vertretertag wurden Gen. Falk und Gen. Rabe delegiert. Die Versammlung beschloß, im Januar 1922 bei Steppuhn einen bunten Abend zu veranstalten, bei dem der Verein Arbeiterjugend mitwirken wird.

Im Zentral-Theater läuft der Film „Herzogin Satalina“. Und er soll dein Herr sein, könnte er auch heißen, denn der Weltgedanke ist, die verderbbringende Macht des Weibes über den Mann zu schildern gegenüber der anderen Forderung: Herrschaft des Mannes über das Weib. Der ausgebreitete Gedanke leidet an Einseitigkeit. — Zu erwähnen sind hübsche Landschaftsbilder, u. a. aus Japan. — Dann geht „Mose Bern“ über die Bretter, vielmehr über die Leinwand. Denn Porten bringt die Diktatorin vortrefflich zur Darstellung. Das Hauptmännliche Drama erfährt durch den Film stellenweise sogar nicht übel angebrachte Vereinerungen. Es ist nur lobenswert, wenn man im Film geeignete gute Werke der Literatur wiederzugeben bemüht ist, an Stelle leichter und unwahrheitlicher Filmabmachungen. Das könnte zur Befriedung des Kinobesuchers führen.

Polizeibericht vom 18. und 19. Dezember. Festgenommen: 29 Personen, darunter 11 wegen Diebstahls, 2 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Bedrohung, 1 wegen Hausfriedensbruch, 1 wegen Netteles, 12 in Polizeifast. Obdachtlos: 5 Personen. — Gefunden: 1 Rohrzange, 1 Brillestange mit Papieren für Otto Priß, 1 Rohrwille mit Inhalt, 2 Rohrwillen mit Inhalt, 1 Silberne Damenuhr mit Kette, 1 Landwirtsdienstauszeichnung 2. Klasse, 1 leerer Sack, abgehoben aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums; 1 goldener Trauring, gez. H. F. vom G. F. G. September 10. 1910, abgehoben von Fr. Margarete Jech, Häfergasse 15, 1 Tr. 1 Damenhandtasche mit Inhalt, abgehoben von Frim. W. Triebassistenten Puschkin, Polizeipräsidium, Zimmer 2; 1 grauer Pelzfragen, abgehoben von Fr. Hildegard Schumann, Schwarzes Meer 1. — Verloren: 1 rotes Portemonnaie, mit circa 25 Mark und 1 Cherring mit weißem Stein; 1 Maskefuchspelzfragen, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Beitrittsfeier. Hier fand am gestrigen Sonntag eine gute Besuche Mitgliederversammlung unserer Partei statt, in der Abg. Gen. R. C. G. einen Vortrag hielt. Bezeichnend für den Mangel der Wähler über die sozial demokratische Aufklärungsarbeit ist, daß der deutschnationalen Gemeindevorsteher R. Luge mit Unterstützung seines Sohnes den Abg. Kresznick auf öffentlicher Straße arbeitslos beschimpfte und mit „Annohnenkoputtschlägen“ bedrohte, weil unser Gen. von einem orkanartigen Begleiter über eine offene Treppe abgeführt worden war.

In Klein-Bauer fand ebenfalls eine gutbesuchte Versammlung unserer Genossen statt, in der Abg. Gen. R. C. G. sprach.

Kleine Nachrichten.

Getreide als Heizmaterial.

Manen hatte in Genf erklärt, daß in Argentinien Getreide in den Lokomotiven verfeuert würde. Auch in den Vereinigten Staaten wird in diesem Winter Korn verfeuert werden. Der Sekretär für Landwirtschaft, Wallace, veröffentlicht nach vorausgegangener Untersuchung am 6. November eine Erklärung, daß im kommenden Winter in einigen Landbaugebieten große Mengen Korn auf den Farmen und in den kleinen Städten verfeuert werden sollen. Er berechnet, daß der Heizwert einer Menge Korn zum Preise von 10 Cent dem Heizwert einer Kohlenmenge von 5 Tonnen gleichkommt. In Distrikten, wo Getreide sehr billig ist, ist die Kohle gewöhnlich minderwertig und teuer. Unter solchen Umständen wäre es sowohl für Farmer wie für die Bevölkerung in den Landstädten lohnend, Getreide statt Kohle zu verwenden, wenn nicht die Kohle erheblich im Preise fallen, das Getreide im Preise steigen sollte.

Die hohen Kohlenpreise in den Vereinigten Staaten sind keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die amerikanischen Eisenbahnen und Bergarbeiter sehen in ihr nur eine Folgeerscheinung des privaten Betriebes der Bergwerke und Eisenbahnen, der Förderung und Frachten verteuert. Angesichts der russischen Hungernot, von der täglich graueneregende Berichte eintreffen, ist diese Verwendung von Weizenmehl als Heizmaterial ein trauriges Zeichen für die Unfähigkeit der kapitalistischen Staaten, die Verteilung der Kohlen- und Getreidevorräte international zu regeln.

Bayerns „Ordnungsstellen“ sümme. Ähnlich wird aus München gemeldet: Die bayerische Staatsregierung hat sich mit der Lage befaßt, wie sie nach der vom Reichstag beschlossenen Aufhebung der Ausnahmebestimmungen vom 29. September 1921 sich ergibt. Sie hat die notwendigen Maßnahmen vorbereitet, die für den Fall einer Währungsreform der öffentlichen Ruhe und Sicherheit von ihr aus vorzunehmen sind.

Die Abstimmung im Ungarnland hat, wie das Ungar. Tel. Nov. Bur. mitteilt, nach den Feststellungen der Entente-Kommission für Ungarn 15 348 und für Oesterreich 8227 Stimmen ergeben. Die österreichische Regierung hat die Gültigkeit der Abstimmung infolge der durch die Entente beantragten ungarischen Wahlschiebungen bereits vorher bestritten.

Verfammlungs-Anzeiger

Verband der Fabrikarbeiter.
Montag, den 19. Dez., abends 8 Uhr, Versammlung der Arbeiterausschüsse und Betriebsvertrauensleute. Lokal: Vereinshaus zur Altküdt, Fischer-gasse 49.

Mittwoch, den 21. Dezember, abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung. Lokal: Schmieds, Schichau-gasse 6.

Standeamt vom 17. Dezember 1921.
Todesfälle. Witwe Vertha Hennig geb. Hahn, 48 J. 2 Mon. — Schloffer Albert Machalkowski, 87 J. 1 Mon. — S. d. Lehrers Ernst Schwanke, 11 J. 4 Mon. — Invalide Anant Knabe, 70 J. 5 Mon. — Frau Louise Rutsch geb. Kohl, 59 J. 1 Mon. — Witwe Rosalie Wittmar geb. Hoffmann, 66 J. 3 Mon. — Frau Louise Wochne geb. Reichert, fast 64 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. —)	5,67	am Vortage	6,00
Dollar:	196		197
Engl. Pfund:	707,5		820
Franz. Franks:	15,00		15,20
Gulden:	—		—

Wasserstands-nachrichten am 19. Dezember 1921.

	17. 12.	18. 12.		17. 12.	18. 12.
Jowichost	+1,00	+1,02	Wlontauerpyge	+0, —	+0, —
Marshau	+1,33	+1,36	Piechel	+0,45	+0,73
Ploka	+0,85	+0,85	Dirschau	+0,62	+0,79
	18. 12.	19. 12.	Einlage	+2,20	+2,40
Thorn	+0,82	+0,85	Schwenhorst	+2,40	+2,70
Fordon	+1,14	+1,30	Schönan D. P.	+6, —	+6, —
Culm	+0,64	+0,66	Salgenberg O. P.	+4, —	+4, —
Graudenz	+0,55	+0,58	Neuhorsterbusch	+2, —	+2, —
Kurzbrack	+1,42	+1,50	Amwachs	+0, —	+0, —

Eisbericht vom 19. Dezember. Wechsel: Von Schilling bis Kilometer 37 Eisstand, bis 56 einzelne Schollen, bis 69,7 Eisstand, bis 64,4 eisfrei, bis 100 Eisstand, bis 102 Eisstr., 1/2 Strombreite, bis 119 Eisstand, bis 142 einzelne Schollen, bis 159 Eisstand, bis 163 einzelne Schollen, bis 217,5 Eisstand, alsdann eisfrei. Eisbrechdampfer Ossa, Wlontau und Rogat in Einlage, die übrigen in Danzig-Krafan.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Gosda Schnupftabak
garantiert rein gekachelt
Überall erhältlich. Fabrik: János Gosda, Hähergasse 5.

Bewerkschaftliches.

Streikbrecher dürfen Streikbrecher genannt werden. Wie die „Solawerker-Zeitung“ berichtet, entschied in diesem Sinne das Schöffengericht zu Darmstadt in einer Strafsache gegen drei Mitglieder des Solawerker-Verbandes, darunter ein Gewerkschaftssekretär. Die drei waren angeklagt worden, zwei Schreiner widerrechtlich zur Arbeitsniederlegung gezwungen, sie mit dem Vergehen der Körperverletzung bedroht und sie durch die Beschäftigung „Streikbrecher“ beleidigt zu haben. Vor Gericht kamte aber keine der Behauptungen bewiesen werden, weshalb das Gericht alle drei freisprach. Neben dem Urteil heißt es in dem Urteil: „Nur ist an dem Montag, an dem der Streik erklärt wurde, trotzdem er von seinen Kollegen über den Sachverhalt aufgeklärt wurde, in den Betrieb gegangen und hat gearbeitet, hat dadurch Streikbruch verübt und war im Sinne des Wortes Streikbrecher. Eine Beleidigung konnte nicht in Frage kommen, da der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle in Wahrheit berechneter Interessen gehandelt hat.“ Vor dem 9. November 1918 scheitern die Verurteilung anders zu urteilen. Es war ganz und gäbe, daß Medaiktore und Gewerkschaftsvertreter wegen der Bezeichnung Streikbrecher, auf Streikbrecher angewandt, zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Konferenz der luxemburgischen Gewerkschaften. In dem kleinen Industrieort Ech Alz fand der vierte Jahreskongress der freien Gewerkschaften Luxemburgs statt. Es waren 20 Delegierte anwesend, die ausmachen 21386 Mitglieder vertreten. Im Nebenberichtsbericht für das abgelaufene Jahr wurde u. a. auf die Gründung verschiedener Industrieverbände hingewiesen. So schlossen sich u. a. die im Metallarbeiterverband organisierten Werkstättenarbeiter mit dem Verband der luxemburgischen Eisenbahner und der Metallarbeiterverband mit dem Berufs- und Stättenarbeiterverband, der sämtliche Kopf- und Handarbeiter der beiden Industrien umfaßt, zu einem Industrieverband zusammen. Die gegen die beabsichtigten Lohnherabsetzungen und Massenentlassungen gerichtete große Bewegung vom 1. März wurde durch französische Soldaten gewalttätig unterdrückt. Andererseits beeinflussten die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Belgiens in einem Maße die innere Politik Luxemburgs, daß sich die Regierung genötigt sah, das 1920 beschlossene Gesetz über die Arbeiterentschädigung außer Kraft zu setzen. In einer vom Kongress angenommenen Resolution wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, alle das

Arbeitsrecht, den Arbeiterentschädigung, und die Arbeiterversicherung betreffenden Gesetze zu einem einheitlichen Arbeitsrechtbuch zusammenzufassen sowie auf die Durchführung der vollkommenen Gleichstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und Seearbeit zu drängen. Ferner wurde der Wunsch auf Einführung von Unterrichtsferien durch die Gewerkschaften ausgedrückt, um die Arbeiter für ihre Aufgaben in den Arbeiterentschädigungen in entsprechender Weise vorzubereiten. Der Ausschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund wurde einstimmig gebilligt.

Wachsende Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Der Staatssekretär für den Handel Herbert Hoover erklärte in einer Sitzung des handlichen Komitees der Arbeitslosenkonferenz, dessen Vorsitzender er ist, „daß der offensichtlichen Besserung der Lage die entgegensetzliche Entwicklung folgen werde; die Arbeitslosigkeit werde sich dessen bald bewußt werden. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist noch nicht erreicht; vermutlich wird das im Januar oder Februar des nächsten Jahres der Fall sein.“ Bei dieser Gelegenheit erklärte sich Hoover gegen staatliche Arbeitslosenunterstützung. Ein jetzt angenommenes Gesetz, das 1000000 Dollar für den Bau von öffentlichen Straßen vorzieht, wird dazu beitragen, die Lage etwas zu erleichtern, besonders da die einzelstaatlichen Gelder für diesen Zweck vermutlich doppelt so hoch sein werden.

Japanische Arbeitgeber und Betriebsräte. Der bedeutende Arbeitgeberverband Japans hat sich entschieden, das System der Betriebsräte zur Annahme zu empfehlen, um der Propaganda der Arbeiter im weithinigen Japan ein Ende zu machen. Diesen Zweck seines Entgegenkommens merkt man dem Entwurf über die Kompetenzen des Betriebsrates und die Regelung der Wahlen an, den wir in der „Mitsubishi“ vom 5. November finden. Dieser Entwurf ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Betriebsräte nicht errichtet werden dürfen, wenn sie nicht von vornherein ihren Charakter als unabhängige Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer einbüßen sollen. An dem Entwurf heißt es über die Kompetenzen der Betriebsräte: Die Betriebsräte werden als beratendes Organ der Betriebsleitung beigeordnet, aber ihre Mitglieder werden das Recht haben, Vorschläge zu machen. Unter Vorbehalt von bestimmten Bedingungen, die die Tätigkeit der Räte in den verschiedenen Betrieben regeln werden, sind folgende die Haupt-

fragen, mit denen sich die Räte beschäftigen sollen: Stellung der Produktion; Wohlbefinden des Personals; Arbeitsstunden; alle anderen von der Betriebsleitung angelegten Fragen. Die Hälfte der Mitglieder des Betriebsrates wird bestimmt von der Betriebsleitung, die andere Hälfte von den Arbeitern. Wahlberechtigt sind nur die Arbeiter beiderlei Geschlechtes über 20 Jahre, wenn sie länger als ein Jahr in demselben Betrieb tätig sind. Besonders die letzten Bestimmungen sind charakteristisch für die Tendenz, den Betriebsrat zu einem gefügigen Organ der Betriebsleitung zu machen.

Bermischtes.

Das liegende Auto. Eine Maschine, die je nach Bedarf auf festem Boden oder in der Luft zu verwenden ist, ist von dem Franzosen Lampier erfunden worden. Es ist ein zweiflügeliger Doppeldecker mit einem Motor von 300 Pferdekraften. Wenn der Apparat als Auto gebraucht werden soll, können die Tragflächen nach rückwärts zusammengelegt werden; das Auto wird dann von einem Motor von zehn bis zwölf Pferdekraften in Gang gehalten, der auch verwendet wird, um den Flugmotor anzutreiben. Die Maschine legte zuerst einen Flug von 20 Minuten zurück, faltete dann ihre Schwingen zusammen und entfiel auf der Straße nach Paris.

Wahlkampf und drahtlose Telephonie. Der jüngste Wahlkampf in New York, bei dem der bisherige Bürgermeister Nolan wiedergewählt wurde, hat zum mindesten eine Neuerung in den Methoden des politischen Kampfes mit sich gebracht: die Einführung des drahtlosen Telephons nämlich als Mittel zur Verbreitung der Wahlreden. Der Gegenkandidat Curran hielt seine Wahlrede in der Sendestelle einer Gesellschaft für drahtlose Telephonie, die von rund 1500 Stationen aufgefingene wurde, von Amateuren, von Schiffen auf dem Meere und in Häfen, von Banken, von Zeitungsredaktionen, die den Text zur direkten Weiterleitung an die Seherlein aufnahmen. Die Zeitungen illustrierten diese Neuerung mit dem Bild: der Wähler sitzt, den Hörer am Ohr, am Kamin oder an der Lampe, horcht der Rede seines Mannes oder des der gegenüberliegenden Partei; die Siedetemperatur der Wahlversammlung macht einer ruhigeren Betrachtung der Dinge Platz; der „feine Herr“ geht nicht mehr in die Versammlungen usw.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr
Dauerkarten D 2. Gastspielreise
Erstes Gastspiel der Kammerjägerin Mine Sanden,
Leipzig.

Tiefseel.

Dienstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Die
Fahrt ins Blaue. Lustspiel.
Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten A 1.
Gastspielreise. Gastspiel der Kammerjägerin
Mine Sanden, Leipzig. Uda. Große Oper.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Der
Waldschütz. Komische Oper in drei Aufzügen
von Albert Lortzing.

Metallbureau W. Noll

II. Damm 9 1 Treppe II. Damm 9
zahlt für einen Zahn 10 Mk.
für Bruchgold, Bruchsilber, Platin,
Uhren, Brillanten, Gebisse, sowie
für Gold- und Silbermünzen
höchste Preise am Platze.
Golduntersuchung kostenlos! Reelle Bedienung!

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. W. Normann
Heute, Montag, d. 19. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr
Die Schwalbenhochzeit
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.
Freitag, d. 23. Dez., abends 6 Uhr
Volks- und Kinder-Vorstellung
„Die Klein-Eiseln das Christkind suchen ging“.
Vorverkauf im W. Nollhaus (Gieße, Erdmann, Erdmannstr.)
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse.

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Benutzer-
Gastliche Versicherungs-
Mittelschicht
- Sterbekasse. -
Kein Policenverfall.
Einfache Tarife für
Erwachsene und Kinder
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenhofen 33.

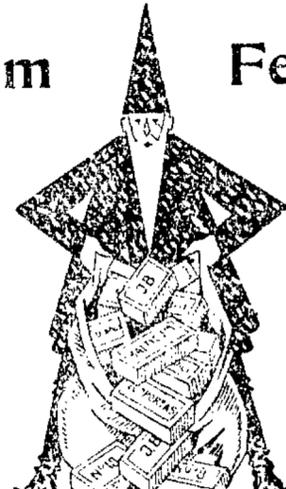
Gut erhaltener Belzungen

billig zu verkaufen
Grenadiergasse 28, II z.

Supfer, Messing

Blei, Zink usw.
kauft zum Tagespreis
Händl. Junkergasse 8
Händl. Pfefferstadt 31.

Zum Feste



BORG
ZIGARETTEN
№ 18 m. Gold
Zoppotas
Stambul
Balticum
J.B.
Mondain

Möbel und Verlobung

Eine der wichtigsten Fragen, die mit dem Tage der Verlobung an die Jungverlobten und Möbel-suchenden herantritt, ist die **Möbelfrage**. Ohne Zweifel ist diese sogar wichtiger als die Wohnungsfrage, denn die Wohnung kann man wechseln oder tauschen, während die einmal gekauften Möbel den Menschen meistens sein Leben hindurch begleiten. Deshalb sollten sich alle Verlobten immer wieder die unendlich große Wichtigkeit der Möbelkaufs vor Augen halten, Vorsicht und nochmals Vorsicht walten lassen und keine Mühe scheuen, um das Richtige zu finden, nämlich

wirklich formenschöne, erstklassig verarbeitete und dabei auch preiswerte Möbel.

Mit **solchen Möbeln** werden sie sich ihr Leben verschönern und dabei gleichzeitig eine gute Kapitalanlage getätigt haben. Die Verlobten, die in diesem Sinne von der Wichtigkeit des Möbelkaufs durchdrungen sind, sollten nun vor allen Dingen auf keinen Fall versäumen, dem alteingesessenen Fachmann

Otto Eltermann, Danzig, 3. Damm 2 u. 16

einen unverbindlichen Besucht abzustatten. Dieses ist die Firma, die nicht durch äußere Blendmittel wie große Geschäftslage, prunkvolle Ausstellungsräume oder dergleichen, sondern nur durch ihre ganz außerordentlich großen inneren Werte, nämlich **denkbar größte Leistungsfähigkeit** in jeder Beziehung, in **Stadt und Land** man möchte sagen, berühmt geworden ist. Außerdem verbindet sie mit ihrer Realität in glücklichster Weise **ganz modern zeitgemäße, kaufmännische und fachmännische Leitung und Beratung**. Wer daher Möbel braucht oder zu kaufen beabsichtigt und die gerade jetzt mögliche, sehr **günstige Kaufgelegenheit** noch ausnutzen will, der besichtige und prüfe auf alle Fälle ganz unverbindlich die **billigen Preise** der

Möbel- u. Polsterwarenfabrik Otto Eltermann

in Danzig, 3. Damm Nr. 2 und 16. Telefon Nr. 5623.
Man achte genau auf Nr. 2.

(5710)

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Suche sofort für meine Möbel-Eislerlei
einen geprüften
Werkmeister.
Bevorzugt werden solche, die einen selbständigen
Betrieb geleitet haben.

Möbel-Fabrik Paul Diamond
Langfuhr, Hauptstraße 71c.

(5752)

Metalle

und
Eisen
kauft
Altmetall-
Einkaufs-Kontor
Am Jakobstor Nr. 8
am Hauptbhf. Tel. 5149
Höchste Preise!